

Umsatzsteuer-News

Aktuelles rund um das Umsatzsteuerrecht

Ausgabe 10, Oktober 2021

Inhalt

Aus der Finanzverwaltung.....	2
Wie geht es nach dem BVerfG-Urteil zum Nachzahlungs- und Erstattungszinssatz weiter?	
Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) zieht die vorläufigen Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG). Jetzt muss noch der Gesetzgeber tätig werden.	2
Angabe des Leistungszeitpunkts in der Rechnung	
Nach zwei Urteilen des Bundesfinanzhofs (BFH), in denen das Gericht für bestimmte Fälle die Angabe des Kalendermonats als Leistungszeitpunkt aus dem Rechnungsdatum ableitete, hat das Bundesministerium der Finanzen (BMF) nun mit einem Schreiben reagiert. Darin geht es auf weitere Praxisfragen ein.....	2
Zum Übergang der Steuerschuldnerschaft in Organschaftsfällen	
Der Bundesfinanzhof (BFH) stellte in einem Urteil zum Übergang der Steuerschuldnerschaft in Bauleistungsfällen fest, dass es hierbei auf die Außenleistungen des Organkreises ankomme, nicht auf die nicht steuerbaren Innenumsätze der Organgesellschaft innerhalb des Organkreises. Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) zieht nach.	3
BMF zu urheber- und wettbewerbsrechtlichen Abmahnungen – mit sehr knapper Übergangsfrist	
Nach je einem Urteil des Bundesfinanzhofs (BFH) zu urheberrechtlichen und wettbewerbsrechtlichen Abmahnungen hat das Bundesministerium der Finanzen (BMF) nun den Umsatzsteuer-Anwendungserlass entsprechend angepasst. Die Übergangszeit ist sehr kurz bemessen.	4
Garantiezusagen: Verlängerung der Übergangsfrist	
Unternehmer, die ihren Kunden zusammen mit Waren oder Leistungen auch Garantien oder Garantieverlängerungen anbieten, etwa im Rahmen von Wartungs- oder Instandhaltungsverträgen, können künftig mit Entgelten für solche Garantiezusagen versicherungssteuerpflichtig werden. Nun wird die Übergangsfrist verlängert.	5
Aus dem Ausland	6
Bahrain: Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes	
Der bahrainische Ministerrat hat einer Heraufsetzung des Standardsteuersatzes von 5 % auf 10 % zum 1. Januar 2022 zugestimmt.	6
Frankreich: E-Invoicing und E-Reporting auf 2024 verschoben	
Die für 2023 vorgesehene Reform des E-Invoicings und E-Reportings wurde verschoben und der erstmalige Anwendungszeitpunkt nach Unternehmensgrößen gestaffelt.	6
Service	7
Veranstaltungen.....	7
Ihre Ansprechpartner	8

Aus der Finanzverwaltung

Wie geht es nach dem BVerfG-Urteil zum Nachzahlungs- und Erstattungszinssatz weiter?

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) zieht die vorläufigen Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG). Jetzt muss noch der Gesetzgeber tätig werden.

Fundstelle:

BMF-Schreiben vom
17. September 2021

Wie wir Sie bereits in [Ausgabe 09](#) der Umsatzsteuer-News vom September 2021 informiert haben, hat das BVerfG die Vorschrift des § 233a AO als mit dem Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG) unvereinbar erklärt, soweit für Verzinsungszeiträume ab dem 1. Januar 2014 ein Zinssatz von 0,5 % pro Monat zugrunde gelegt wird. Für die Zeit bis einschließlich zum 31. Dezember 2018 ändert sich dennoch nichts, weil das BVerfG insoweit die Fortgeltung angeordnet hat.

Erst für Verzinsungszeiträume ab dem 1. Januar 2019 gilt eine Anwendungssperre: Gerichte und Verwaltungsbehörden dürfen diese Normen insoweit nicht mehr anwenden, laufende Verfahren sind auszusetzen. Das heißt, dass betragsmäßig „neue“ Nachzahlungs- und Erstattungsinsen auf der Grundlage der Vorschrift nicht mehr festgesetzt werden dürfen. Unanfechtbare Zinsfestsetzungen sind weder aufzuheben noch zu ändern, allerdings ist eine Vollstreckung, soweit nicht bereits vollzogen, unzulässig. Bis zum 31. Juli 2022 muss nun der Gesetzgeber tätig werden und eine verfassungsgemäße Neuregelung für Verzinsungszeiträume ab 1. Januar 2019 schaffen.

In seinem Schreiben teilt das BMF mit, was für erstmalige Zinsfestsetzungen sowie für die Änderung oder Berichtigung bestehender Zinsfestsetzungen gilt. Im Wesentlichen sind Festsetzungen auszusetzen (in einigen Fällen sind sie gegebenenfalls vorläufig vorzunehmen) und nach einer auf den 1. Januar 2019 rückwirkenden Gesetzesänderung endgültig festzusetzen. Für Verzinsungszeiträume bis einschließlich 2018 seien anfallende Nachzahlungs- oder Erstattungsinsen nach § 233a AO dagegen endgültig festzusetzen.

Hinzu kommen Regelungen zu mit vorläufigen Steuerfestsetzungen verbundenen Zinsfestsetzungen, zu Einspruchsfällen und zu bereits erfolgten Aussetzungen der Vollziehung. Soweit Verfahren zur Frage der Verfassungsmäßigkeit der Höhe des Zinssatzes bei einem Finanzgericht oder beim Bundesfinanzhof anhängig sind, sei es Sache der Gerichte, das Verfahren und die Vollziehung der Zinsfestsetzung für Verzinsungszeiträume ab 1. Januar 2019 auszusetzen.

Das BMF weist darauf hin, dass nur Zinsen nach § 233a AO von der Unvereinbarkeitserklärung des BVerfG betroffen sind, nicht aber andere Verzinsungstatbestände der Abgabenordnung (AO) wie zum Beispiel Stundungs-, Hinterziehungs- und Aussetzungszinsen. Allerdings enthält das Schreiben auch Regelungen zu diesen Vorschriften, insbesondere, soweit sie vorläufig festgesetzt wurden.

Hinweis

Es erscheint nicht ausgeschlossen, dass der Europäische Gerichtshof (EuGH) die Höhe des Zinssatzes beanstanden würde – in manchen Fällen sogar eine Zinserhebung überhaupt. Auch insofern verweisen wir auf unsere Ausführungen in [Ausgabe 09](#) der Umsatzsteuer-News.

Angabe des Leistungszeitpunkts in der Rechnung

Nach zwei Urteilen des Bundesfinanzhofs (BFH), in denen das Gericht für bestimmte Fälle die Angabe des Kalendermonats als Leistungszeitpunkt aus dem Rechnungsdatum ableitete, hat das Bundesministerium der Finanzen (BMF) nun mit einem Schreiben reagiert. Darin geht es auf weitere Praxisfragen ein.

Fehlt in einer Rechnung der Leistungszeitpunkt, so liegt zunächst einmal eine nicht ordnungsgemäß ausgestellte Rechnung vor. Nach Meinung des BMF, wie sie sich aus dem BMF-Schreiben vom 18. September 2020 ergibt, ist ein Vorsteuerabzug aus einer solchen Rechnung ausnahmsweise dennoch (ohne Rechnungskorrektur) möglich, wenn die Finanzverwaltung über sämtliche Angaben verfügt, um die materiellen Voraussetzungen zu überprüfen. Das könne – wie das BMF anhand einer BFH-Entscheidung mitteilt – auch

Fundstellen:

BMF-Schreiben vom
9. September 2021 und vom
18. September 2020;
BFH V R 18/17, Urteil vom
1. März 2018; BFH V R 29/19
(vormals V R 44/16), Urteil
vom 15. Oktober 2019

dann der Fall sein, wenn nach den Verhältnissen des jeweiligen Einzelfalls davon auszugehen sei, dass die Leistung in dem Monat bewirkt wurde, in dem die Rechnung ausgestellt wurde.

Nach Meinung des BMF liegt den vom BFH entschiedenen Sachverhalten jeweils (nur) eine Würdigung im Einzelfall zugrunde. Daher leitet es aus den Grundsätzen der Urteile die Regelung ab, dass ein fehlendes Leistungsdatum nicht dem Rechnungsdatum entsprechen könne, wenn nicht feststehe, dass die Daten zusammenfallen. Dies sei insbesondere dann der Fall, wenn eine unmittelbar mit der Leistung zusammenfallende Rechnungstellung nicht branchenüblich ist, vom betroffenen Rechnungsaussteller nicht immer (bzw. nicht regelmäßig) durchgeführt wird oder bei der konkreten Leistung sonstige Zweifel an einem Zusammenfallen der Daten bestehen. Bestünden Zweifel, obliege es dem Unternehmer, der den Vorsteuerabzug geltend macht, diese Zweifel auszuräumen. Entsprechend ergänzt das BMF den Umsatzsteuer-Anwendungserlass (UStAE) dahin, dass sich das Leistungsdatum nur dann aus dem Rechnungsdatum ergeben könne, wenn „keine Zweifel“ bestehen, dass die Leistung im Monat der Rechnungstellung ausgeführt wurde.

Wie das BMF ebenfalls im UStAE festhält, genügen unrichtige oder ungenaue Angaben, die eventuell auch keinen Rückschluss auf den Ort der Leistungserbringung und eine mögliche Steuerpflicht ermöglichen, nicht der Anforderung, dass die Bezeichnung der Leistung eine eindeutige und leicht nachprüfbare Feststellung der abgerechneten Leistung ermöglichen muss.

Im Schreiben regelt das BMF außerdem den Fall der Rechnungstellung durch eine Person, die nach dem Willen ihrer Hintermänner einen auf ihren Namen lautenden Gewerbebetrieb vortäuscht, ohne dass das Handeln der Hintermänner ihr zugerechnet werden kann. Allein durch Rechnungstellung unter dem Namen einer Person werde diese Person nicht zum leistenden Unternehmer, wenn sie die von den Hintermännern geschlossenen Verträge nicht genehmigt und das Handeln der Hintermänner ihr auch nicht nach den Grundsätzen einer Anscheins- oder Duldungsvollmacht zugerechnet werden kann. Eine Rechnung enthält nach Meinung des BMF damit auch dann keinen Hinweis auf den tatsächlich leistenden Unternehmer, wenn die als Rechnungsaussteller bezeichnete Person einen auf ihren Namen lautenden Gewerbebetrieb vortäuscht, ohne tatsächlich selbst direkt oder über einen rechtsgeschäftlichen Vertreter zivilrechtliche Vertragsbeziehungen mit dem Leistungsempfänger zu unterhalten.

Hinweis

Das BMF knüpft im Schreiben mögliche Zweifel, dass Rechnungs- und Leistungsdatum nicht deckungsgleich sind, zunächst daran, dass der Rechnungsaussteller „nicht immer“ eine unmittelbar mit der Leistung zusammenfallende Rechnungstellung durchführt. Diese Aussage schwächt das BMF in seiner Änderung des UStAE aber wieder ab: Zweifel daran, dass die Leistung in dem Monat der Rechnungstellung ausgeführt wurde, würden auch dadurch begründet, dass der Rechnungsaussteller eine zeitnahe Abrechnung „nicht regelmäßig“ durchführt.

Nichtsdestoweniger sollten Leistungsempfänger beim Vorsteuerabzug auch in Fällen, die in den Regelungsbereich des BMF-Schreibens fallen könnten, große Vorsicht walten lassen – im Zweifel könnte, wenn möglich, die Rechnung in einer Weise um das Leistungsdatum ergänzt werden, die im Falle einer unvollständigen Rechnung Rückwirkung entfalten würde. Das Schreiben kann aber zum Beispiel dann besondere Bedeutung erlangen, wenn eine rückwirkende Rechnungskorrektur nicht möglich ist. Das kann verschiedene Gründe haben – zum Beispiel, dass der leistende Unternehmer unauffindbar ist (ohne dass er als missing trader einzustufen ist und eine Beteiligung des Leistungsempfängers an einem Steuerbetrug vorliegt, weil der Vorsteuerabzug dann nach § 25f UStG in Frage steht).

Zum Übergang der Steuerschuldnerschaft in Organschaftsfällen

Der Bundesfinanzhof (BFH) stellte in einem Urteil zum Übergang der Steuerschuldnerschaft in Bauleistungsfällen fest, dass es hierbei auf die Außenleistungen des Organkreises ankomme, nicht auf die nicht steuerbaren Innenumsätze der Organgesellschaft innerhalb des Organkreises. Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) zieht nach.

Manche Tatbestände des § 13b UStG, der den Übergang der Steuerschuld auf den Leistungsempfänger (Reverse-Charge-Verfahren) regelt, verlangen neben weiteren Voraussetzungen eine bestimmte Qualität des Leistungsempfängers: So muss er im Falle von Bauleistungen und Gebäudereinigungsleistungen selbst nachhaltig entsprechende Leistungen erbringen; im Fall bestimmter Lieferungen von Gas über das

Fundstellen:

BMF-Schreiben vom
27. September 2021;
BFH V R 32/19, Urteil vom
23. Juli 2020

Erdgasnetz und von Elektrizität sowie im Fall sonstiger Leistungen auf dem Gebiet der Telekommunikation ist es dagegen erforderlich, dass er ein Wiederverkäufer ist.

Das BMF ergänzt in drei Fällen (für die Gebäudereinigungsleistungen wird insoweit auf die Regelung zu den Bauleistungen verwiesen) im Umsatzsteuer-Anwendungserlass (UStAE) einen Satz, wonach für die Berechnung der Zehn-Prozent-Grenze (für nachhaltige Erbringung von Bauleistungen) bzw. für die Bestimmung der Wiederverkäufereigenschaft nicht steuerbare Innenumsätze unbeachtlich seien. Die Grundsätze dieses Schreibens seien in allen offenen Fällen anzuwenden.

Hinweis

Der Inhalt des Schreibens ist unklar, insofern im UStAE im Zusammenhang mit den neu eingefügten Satzteilen weiterhin von „Teilen des Organkreises“ bzw. „Unternehmensteilen“ die Rede ist, die für die Bestimmung nachhaltig erbrachter Bauleistungen bzw. der Wiederverkäufereigenschaft heranzuziehen sind. Das lässt sich so verstehen, dass es offenbar nur auf die Außenumsätze der leistenden Organgesellschaft ankommen soll (bzw. des Organträgers selbst, wenn er die Leistung erbringt). Wie jedoch der BFH im Leitsatz des betreffenden Urteils mitteilt, sei es der Organträger, der die Eingangsleistung bezieht; es komme auch für die Beurteilung des Übergangs der Steuerschuldnerschaft auf die Ausgangsumsätze des Organkreises an (die ihm also ebenfalls zugerechnet werden). Das dürfte so zu verstehen sein, dass der Organkreis auch für die Zwecke der Bestimmung der Wiederverkäufereigenschaft usw. als einheitliches Unternehmen zu betrachten ist – in anderen Worten, dass der Organkreis im Grunde wie ein Unternehmen zu behandeln ist, das gleichsam aus Stammhaus und Betriebsstätte besteht. Wie das Bundesministerium der Finanzen (BMF) mitteilt, war das zugrunde liegende BFH-Urteil zur alten Rechtslage bei den Bauleistungen ergangen, sodass es das Urteil „vor diesem Hintergrund restriktiv“ auslegen möchte.

BMF zu urheber- und wettbewerbsrechtlichen Abmahnungen – mit sehr knapper Übergangsfrist

Nach je einem Urteil des Bundesfinanzhofs (BFH) zu urheberrechtlichen und wettbewerbsrechtlichen Abmahnungen hat das Bundesministerium der Finanzen (BMF) nun den Umsatzsteuer-Anwendungserlass entsprechend angepasst. Die Übergangszeit ist sehr kurz bemessen.

Fundstelle:

BMF-Schreiben vom
1. Oktober 2021;
BFH XI R 1/17, Urteil vom
13. Februar 2019;
BFH XI R 27/14, Urteil vom
21. Dezember 2016;
BGH I ZR 87/20, Beschluss
vom 21. Januar 2021

Das BMF teilt mit, dass Gegenstand der Leistung des abmahnenden Unternehmers gegenüber dem Abgemahnten eine Mitteilung an den Rechteverletzer sei, dass dieser durch eine bestimmte Handlung einen Urheberrechtsverstoß oder unlautere Wettbewerbshandlung begangen habe, verbunden mit der Aufforderung, dieses Verhalten in Zukunft zu unterlassen. Diese Leistung habe unter anderem die dem Rechteverletzer eingeräumte Möglichkeit zum Gegenstand, eine gerichtliche Auseinandersetzung auf kostengünstige Weise durch Abgabe einer strafbewehrten Unterlassungserklärung abzuwenden.

Diese Leistung sei zum Regelsteuersatz zu besteuern, Leistungszeitpunkt sei der Zugang der Abmahnung beim Abgemahnten – es wird aber aus Vereinfachungsgründen nicht beanstandet, wenn stattdessen der Voranmeldungszeitraum herangezogen wird, in dem die Abmahnung abgesendet wurde. Das BMF macht zudem Ausführungen zur Bemessungsgrundlage der Abmahnleistung; es sieht dabei nur den Aufwendersatz, nicht aber den aufgrund der berechtigten Abmahnung geltend gemachten Schadensersatz als Entgelt an.

Die Grundsätze dieses Schreibens sind dem BMF zufolge in allen offenen Fällen anzuwenden. Es werde jedoch nicht beanstandet, wenn die Beteiligten bei der Zahlung für vor dem 1. November 2021 durchgeführte Abmahnleistungen übereinstimmend, also auch hinsichtlich eines Vorsteuerabzugs beim Abgemahnten, von einem nicht steuerpflichtigen Entgelt ausgehen.

Hinweis

Bestreitet der Abgemahnte substantiiert die Rechtsverletzung, so hat nach Auffassung des BMF der Abmahnende den Steuerbetrag im Besteuerungszeitraum, in dem die Abmahnung bestritten wird, zu berichtigen. Das BMF scheint in diesem Fall also nicht davon auszugehen, dass es sich um eine nicht erbrachte Leistung handelt, sodass offenbar kein unberechtigter Steuerausweis vorliegt. Ein unberechtigter Steuerausweis nach § 14c Abs. 2 Satz 1 UStG soll aber im Fall einer unberechtigten Abmahnung vorliegen: Dann schuldet der Abmahnende bis zur Beseitigung der Gefährdung des Steueraufkommens den ausgewiesenen Steuerbetrag.

Nach Auffassung des BMF soll der aufgrund der berechtigten Abmahnung geltend gemachte Schadenersatz als echter Schadenersatz nicht umsatzsteuerbar sein. In der Abmahnung seien die geltend gemachten Zahlungsansprüche in Schadenersatz und Aufwendungsersatz aufzuschlüsseln; erfolge das nicht, sei der Pauschalbetrag insgesamt als Aufwendungsersatz und damit als Entgelt zu behandeln. Es wird nicht ganz klar, ob das der Auffassung des BFH entspricht: Im Urteil im Verfahren XI R 27/14 zog der BFH den Grundsatz der steuerlichen Neutralität heran und schließt, dass Zahlungen aufgrund verschiedener Anspruchsgrundlagen des UWG (in früherer Fassung) – darunter einer Schadenersatzvorschrift – umsatzsteuerlich gleich zu behandeln seien. In seinem Urteil XI R 1/17 wiederholte das Gericht die Angabe, dass die Frage, ob ein Leistungsaustausch im umsatzsteuerrechtlichen Sinne vorliegt, nicht nach zivilrechtlichen, sondern ausschließlich nach den vom Unionsrecht geprägten umsatzsteuerrechtlichen Vorgaben zu beantworten sei. Darum sollte es auch unerheblich sein, dass im Streitfall die Zahlungen pauschal auf den Ersatz bestimmter näher beschriebener Aufwendungen (Anwalts- und Gerichtskosten, Providerkosten) sowie eine Schadenersatzzahlung aufgrund der Urheberrechtsverletzung entfallen sollten. Das könnte sich so verstehen lassen, dass der BFH die Zahlungen ungeachtet ihrer zivilrechtlichen Qualifikation als Gegenstand des Leistungsaustausches ansieht – ein Schadenersatz erfolgt aber gerade nicht aufgrund eines Leistungsaustauschs. Möglich ist allerdings auch, dass sich die Ausführungen des BMF zur maßgeblichen unionsrechtlichen Wertung auf geltend gemachten Aufwendungsersatz beschränken. Dem BFH zufolge hätten die Rechtsverfolgungskosten – also die getätigten Aufwendungen – auch als Schadenersatz geltend gemacht werden können: Das alleine schließt nicht aus, dass daneben „echter“ (nichtsteuerbarer) Schadenersatz zu zahlen gewesen sein könnte. Indessen sollte die geforderte Pauschalsumme im Urteil XI R 1/17 auch eine Schadenersatzzahlung umfassen, ohne dass der BFH es für nötig befand, z. B. auf eine Aufteilung der Zahlung in Leistungsentgelt und Schadenersatz einzugehen. Wie es scheint, geht das BMF von der Möglichkeit aus, dass „echter“ Schadenersatz neben dem Aufwendungsersatz zahlbar sein kann, möchte sich zugleich aber über die Ausführungen des BFH nicht hinwegsetzen und darum (nur) besonders ausgewiesenen Schadenersatz auch als „echten“ Schadenersatz behandeln.

Unklar ist bislang, was für Abmahnungen in anderen Bereichen gelten soll. Der Bundesgerichtshof (BGH) will die Grundsätze der BFH-Rechtsprechung auf die Verletzung von Kennzeichen- und Namensrechten ausdehnen. Es sollte aber beachtet werden, dass eine Anwendung dieser Grundsätze auf weitere Bereiche nicht vom Wortlaut des BMF-Schreibens abgedeckt ist.



Garantiezusagen: Verlängerung der Übergangsfrist

Unternehmer, die ihren Kunden zusammen mit Waren oder Leistungen auch Garantien oder Garantieverlängerungen anbieten, etwa im Rahmen von Wartungs- oder Instandhaltungsverträgen, können künftig mit Entgelten für solche Garantiezusagen versicherungssteuerpflichtig werden. Nun wird die Übergangsfrist verlängert.

Fundstellen:

BMF-Schreiben vom 11. Mai (materielle Regelungen), vom 18. Juni (erste Verlängerung) und vom 18. Oktober 2021 (zweite Verlängerung)

Wie wir Sie in [Ausgabe 06](#) der Umsatzsteuer-News vom Juni 2021 unterrichtet haben, hat das Bundesministerium der Finanzen (BMF) im Frühjahr 2021 mit zwei Schreiben auf ein Urteil des Bundesfinanzhofs (BFH) reagiert, wonach die entgeltliche Garantiezusage eines Kfz-Händlers keine unselbstständige Nebenleistung zur Fahrzeuglieferung, sondern eine eigenständige Leistung sei. Eine Übergangsfrist wurde (mit dem zweiten Schreiben) zunächst bis Jahresende 2021 eingeräumt. Dabei wies das BMF zur Klarstellung darauf hin, dass die steuerlichen Grundsätze zu Garantiezusagen branchenunabhängig Geltung beanspruchen und daher über die Anwendung im Kfz-Bereich und für Kfz-Händler hinausgehen.

In einem dritten Schreiben hat das BMF die Übergangsfrist nun um ein Jahr verlängert – die Grundsätze des Schreibens vom 11. Mai 2021 sind nun auf Garantiezusagen, die nach dem 31. Dezember 2022 abge-

geben wurden. Für vor dem 1. Januar 2023 abgegebene Garantiezusagen wird es nicht beanstandet, wenn die Grundsätze dieses Schreibens bereits angewendet werden.

Die zusätzlich eingeräumte Zeit sollte zur Vorbereitung genutzt werden: Über die gesetzliche Gewährleistungspflicht hinausgehende Garantiezusagen sind quer durch fast alle Branchen und Vertriebsformen weit verbreitet. Unternehmer, die solche Leistungen erbringen, sollten die neuen Regelungen nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt prüfen, ob künftig Versicherungssteuer abzuführen ist oder eine Ausnahme von der Versicherungssteuerpflicht vorliegt, was aber auf Basis des individuellen Sachverhalts geprüft werden sollte. Da Leistungen auf Grund eines Versicherungsverhältnisses im Sinne des Versicherungssteuergesetzes grundsätzlich einer umsatzsteuerlichen Steuerbefreiung nach § 4 Nr. 10 lit. a UStG unterliegen, können sich zudem Auswirkungen auf den Vorsteuerabzug auf Eingangsleistungen ergeben.

Aus dem Ausland

Bahrain: Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes

Der bahrainische Ministerrat hat einer Heraufsetzung des Standardsteuersatzes von 5 % auf 10 % zum 1. Januar 2022 zugestimmt.

Es wird jedoch erwartet, dass mit dieser Maßnahme – mit der den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie begegnet werden soll – der Nullsatz für Grundnahrungsmittel, Heilbehandlungsleistungen, Bildungsleistungen, Öl und Gas usw. nicht angetastet werden soll, so wenig wie die Steuerbefreiung für bestimmte Finanz- und Grundstücksleistungen.

Frankreich: E-Invoicing und E-Reporting auf 2024 verschoben

Die für 2023 vorgesehene Reform des E-Invoicings und E-Reportings wurde verschoben und der erstmalige Anwendungszeitpunkt nach Unternehmensgrößen gestaffelt.

Die Vereinheitlichung der elektronischen Rechnungen und der Übermittlung zusätzlicher Daten (E-Reporting) wurde verschoben: Vorgesehen ist nun, dass Großunternehmen zum 1. Juli 2024, mittlere Unternehmen zum 1. Januar 2025 und kleine Unternehmen zum 1. Januar 2026 elektronische Rechnungen nach neuer Vorschrift zu übermitteln haben; dieselben Daten gelten für das E-Reporting.

Veranstaltungen

Aktuelles zur Umsatzsteuer für Finanzdienstleister 2021

Die Veranstaltung findet an folgenden Terminen jeweils von 14:00 bis 15:30 Uhr statt:

- 9. November 2021, Region Hamburg/Hannover
- 10. November 2021, Region Düsseldorf
- 18. November 2021, Region Frankfurt am Main
- 24. November 2021, Region München

Leider ist es uns dieses Jahr aufgrund der Covid-19-Pandemie erneut nicht möglich, Präsenzveranstaltungen in unseren PwC-Niederlassungen vor Ort durchzuführen. Um jedoch den persönlichen Austausch sowie ein hohes Maß an Interaktion mit Ihnen beibehalten zu können, wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie sich zu den vorgenannten Terminen entsprechend Ihrer geografischen Nähe anmelden würden.

Wir möchten Ihnen im Rahmen dieser Veranstaltung aktuelle umsatzsteuerliche Entwicklungen in Bezug auf Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltungsanweisungen vorstellen, die für die hier angesprochene Branche maßgeblich sind und Ihnen auch praktische Hinweise geben.

Die Anmeldeseite mit weiteren Informationen ist hier zu finden: <https://www.pwc-events.com/azu-fs>

Ihre Ansprechpartner

Berlin

Götz Neuhahn

Tel.: +49 30 2636-5445
goetz.neuhahn@pwc.com

Nicole Stumm

Tel.: +49 30 2636-3733
nicole.stumm@pwc.com

Frankfurt am Main / Mannheim

Frank Gehring

Tel.: +49 69 9585-2771
frank.gehring@pwc.com

Gerald Hammerschmidt

Tel.: +49 69 9585-5290
gerald.hammerschmidt@pwc.com

Robert Clemens Prätzler

Tel.: +49 69 9585-6712
robert.clemens.pratzler@pwc.com

Hamburg / Hannover

Markus Hüllmann

Tel.: +49 40 6378-8858
markus.huellmann@pwc.com

München / Stuttgart / Nürnberg

Jens Müller-Lee

Tel.: +49 711 25034-1101
jens.mueller-lee@pwc.com

Sandra Zölch

Tel.: +49 89 5790-6840
sandra.zoelch@pwc.com

Düsseldorf / Köln / Essen

Alexandra Hartenfels

Tel.: +49 211 981-2598
alexandra.hartenfels@pwc.com

Sounia Kombert

Tel.: +49 221 2084-384
sounia.kombert@pwc.com

David Kosiak

Tel.: +49 221 2084-270
david.kosiak@pwc.com

Franz Kirch

Tel.: +49 201 438-1120
franz.kirch@pwc.com

ITX ERP and Data Analytics

Roberta Grottini

Tel.: +49 30 2636-5399
roberta.grottini@pwc.com

ITX Financial Services

Imke Murchner

Tel.: +49 89 5790-6779
imke.murchner@pwc.com

ITX Deals

Christian Schubert

Tel.: +49 89 5790-6726
christian.schubert@pwc.com

ITX Business Recovery Services

Maria Milanovic

Tel.: +49 89 5790-5979
maria.milanovic@pwc.com

Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

© Oktober 2021 PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.
„PwC“ bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die eine Mitgliedsgesellschaft der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) ist. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.

www.pwc.de